

RESOCONTO STENOGRAFICO - SITZUNGSBERICHT

Ore 10.10

Presidenza del Presidente Magnani

PRESIDENTE: Prego i consiglieri di prendere posto.
Prego procedere all'appello nominale.

PINTER: *(segretario):(fa l'appello nominale)*
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRESIDENTE: Signori consiglieri la seduta è aperta.
Ha giustificato la propria assenza il consigliere Andreotti.
Diamo lettura del processo verbale della seduta precedente.

PINTER: *(segretario):(legge il processo verbale)*
(Sekretär):(verliest das Protokoll)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni in merito al processo verbale? Nessuna, il processo verbale si considera approvato.

Comunicazioni:

Con nota pervenuta il 4 febbraio 2004 i componenti del gruppo consiliare SVP hanno comunicato la variazione del proprio capogruppo a decorrere dal 27 gennaio 2004. Il nuovo capogruppo del gruppo consiliare SVP è Seppl Lamprecht.

È stata data risposta alle interrogazioni n. 1, 2 e 3.

Il testo delle interrogazioni medesime e le relative risposte scritte formano parte integrante del resoconto stenografico della presente seduta.

Passiamo alla trattazione del punto n. 1 dell'ordine del giorno:

ELEZIONE del Presidente della Regione.

Comunico l'appartenenza ai gruppi linguistici dei rispettivi consiglieri.

GRUPPO LINGUISTICO ITALIANO:

Vi appartengono i Consiglieri della provincia di Trento:

AMISTADI Adelino, BARBACOVÌ Paolo, BERTOLINI Denis, BEZZI Giacomo,
BOMBARDA Roberto, BONDI Mauro, CARLI Marcello, CASAGRANDA
Giorgio, CATALANO Agostino, COGO Margherita, DE ECCHER Cristiano,
DELLADIO Mauro, DELLAI Lorenzo, DEPAOLI Marco, DIVINA Sergio, DOSSI

Riccardo, GHIRARDINI Guido, GIOVANAZZI Nerio, LENZI Giovanni Battista, LUNELLI Giorgio, MAGNANI Mario, MALOSSINI Mario, MOLINARI Claudio, MORANDINI Pino, MOSCONI Flavio, MURARO Sergio, ODORIZZI Tiziano, PALLAORO Dario, PAROLARI Giuseppe, PINTER Roberto, TURELLA Sandro, VIGANÒ Giorgio e VIOLA Walter,

e i Consiglieri della provincia di Bolzano:

BIANCOFIORE Michaela, CIGOLLA Luigi, GNECCHI Marialuisa, HOLZMANN Giorgio, MINNITI Mauro, SEPPI Donato e URZÌ Alessandro.

GRUPPO LINGUISTICO TEDESCO:

Vi appartengono i Consiglieri della provincia di Bolzano:

BAUMGARTNER Walter, BERGER Johann Karl (Hans), DENICOLÒ Herbert Georg, DURNWALDER Alois, FRICK Werner, HEISS Hans, KASSLATTER MUR Sabina, KLOTZ Eva, KURY Cristina Anna Berta, KUSSTATSCHER Josef (Sepp), LADURNER Martina, LAIMER Michael Josef, LAMPRECHT Seppl, LEITNER Pius, MAIR Ulli, MUNTER Hanspeter, PAHL Franz Arthur, PARDELLER Georg, PÖDER Andreas, PÜRGSTALLER Albert, SAURER Otto, STIRNER BRANTSCH Veronika, STOCKER Martha, THALER ZELGER Rosa Maria, THEINER Richard, UNTERBERGER Juliane (Julia) e WIDMANN Thomas.

GRUPPO LINGUISTICO LADINO:

Vi appartengono i Consiglieri ANDREOTTI Carlo e CHIOCCHETTI Luigi della provincia di Trento e MUSSNER Florian della provincia di Bolzano.

Qualcuno vuole avanzare proposte per quanto riguarda l'elezione del Presidente della Regione?

Ha chiesto la parola il cons. Lamprecht.

LAMPRECHT: Danke, Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Südtiroler Volkspartei schlägt als Präsidenten der Regionalregierung, auch als Ausdruck der zukünftigen neuen Form der Region und der Zusammenarbeit der beiden Provinzen, Herrn Dr. Luis Durnwalder als Präsident der Regionalregierung vor.

PRESIDENTE: Altre proposte? Concedo la parola al candidato Presidente per la lettura delle dichiarazioni programmatiche.

DURNWALDER: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren Abgeordnete,

Wir beginnen diese XIII. Legislaturperiode im Zeichen der Erneuerung. Seit dem Inkrafttreten des neuen Autonomiestatutes im Jahre 1972 sind über 30 Jahre vergangen. Das Verfassungsgesetz vom 10. November 1971, Nr. 1 mit den in den folgenden Jahren verabschiedeten Durchführungsbestimmungen stellt in erster Linie die Umsetzung der bereits in den 50iger Jahren proklamierten und von der übergroßen Mehrheit der

Südtiroler Bevölkerung eingeforderten politischen Marschrichtung des „Los von Trient“ dar. Die Enttäuschung über die Auswirkungen des ersten Autonomiestatutes von 1948 waren einfach zu groß: Die autonome Region Trentino - Südtirol war nicht in der Lage, die Minderheitenrechte, vor allem im Sprachgebrauch, und auch eine wirklich gelebte Autonomie in Südtirol zu garantieren. Die vom Pariser Abkommen und auch von der Italienischen Verfassung vorgesehene aktive Förderung der Identität der deutschen und ladinischen Sprachgruppe, ihres wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und ihre Integration in das öffentliche Leben wurden nicht gewährleistet. Ausdruck dieses großen Unbehagens über den Fortbestand weit reichender Unrechtssituationen vor allem auch im öffentlichen Dienst und im Sozialbereich waren auch die politischen Spannungen, die in den 60iger Jahren zu Gewaltmaßnahmen führten, um endlich die Verantwortlichen auf staatlicher und internationaler Ebene auf die schlimme Lage in Südtirol hinzuweisen. Der jahrelange Einsatz um mehr Autonomie für die autonome Provinz Bozen-Südtirol, um die Übertragung der Zuständigkeiten in Gesetzgebung und Verwaltung in all jenen Bereichen, die auf Landesebene viel näher am Bürger umgesetzt werden konnten als auf Regionalebene hat allenthalben zu Missverständnissen und auch Unbehagen in den Beziehungen zur Autonomen Provinz Trient geführt. Unsere Bemühungen wurden sehr oft als eine Trientfeindliche Haltung interpretiert. Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte hat sich aber herausgestellt, dass beide Provinzen mit dem neuen Autonomiestatut und den erweiterten Autonomiebefugnissen äußerst viel an Chancen und Perspektiven gewonnen haben. Ein Vergleich der Wirtschaftslage mit anderen Regionen Italiens aber auch der Europäischen Union legt klar an den Tag, dass Bozen und Trient zu den 40 wirtschaftlich erfolgreichsten Regionen der Union gehören, wobei sie auf italienischer Ebene an erster Stelle aufscheinen, knapp vor der Lombardei. Es hat sich gezeigt, dass mit der Zuweisung der Autonomiebefugnisse und ihrer finanziellen Ausstattung auf Landesebene die beste Ebene für eine transparente Verwaltung nahe an den Erfordernissen der Bevölkerung und für eine gezielte Förderung der wirtschaftlichen Interessen als auch des Zusammenspiels der Ressourcen gefunden werden konnte. Niemand kann mehr daran zweifeln, dass die Übertragung der autonomen Befugnisse von der Region auf die beiden Länder zwar auf formeller und institutioneller Ebene ein „Los von Trient“ waren, aber im eigentlichen Leben, in der Wirtschaft, in den Beziehungen zu anderen Regionen, in der Erweiterung der Autonomie und ihrer Fortschreibung in Folge der innerstaatlichen und europäischen Entwicklungen der Beginn einer partnerschaftlichen Auseinandersetzung und gezielten Bündelung von Kräften für die Durchsetzung gemeinsamer Interessen. Die besonderen Erfordernisse unserer Bevölkerung und der verschiedenen Bereiche, in erster Linie auch wegen der Öffnung der Grenzen, des Binnenmarktes, der damit verbundenen Notwendigkeiten im Infrastrukturbereich und der gemeinsamen Anliegen im Umweltbereich, konnte nur mit unserem überzeugenden gemeinsamen Auftreten, auch im Rahmen interregionaler Organisationen und vor allem zusammen mit dem Bundesland Tirol durchgesetzt werden. Diese Meinungsbildung, dieses untereinander abgestimmte Auftreten wäre im Rahmen der Region nie möglich gewesen, weil diese Körperschaft eine gleichberechtigte Beteiligung beider Länder nicht

zuließ, auch weil sie von ihrer Rechtsstruktur her nicht in der Lage war, den unterschiedlichen Voraussetzungen, Erfordernissen und Prioritäten von Trient und Bozen Rechnung zu tragen.

Das 2. Autonomiestatut hat der Autonomen Region Trentino–Südtirol einige Restbefugnisse überlassen, in erster Linie sicherlich um einer Verfassungsänderung auszuweichen und somit leichter einen Kompromiss zur Südtirol - Frage zu finden. Vielleicht war dieser Ausweg für die damalige Zeit auch nicht so schlecht, denn die Übertragung der Befugnisse an die Länder, die Umsetzung der ausgesprochenen Minderheitenrechte in Südtirol und die gleichzeitige Ausgestaltung unserer dynamischen Autonomie innerhalb der staatlichen Reformen und des Europäischen Einigungsprozesses nahmen wirklich sehr viele politische und auch strukturelle Energien in Anspruch. Je mehr die Landesautonomien ausgereift sind, je mehr ihre Nachhaltigkeit in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen Fuß fasste, desto stärker kam die Zweckmäßigkeit der Übernahme weiterer Befugnisse von der Region zum Ausdruck. Die Vertretung eines gemeinsamen Gebietes durch 3 autonome Körperschaften führte in vielen Fällen zu Schwierigkeiten und Verständnisproblemen in den wachsenden Beziehungen zu anderen Regionen und Körperschaften, vor allem auf Europäischer Ebene. Es kam zu vielen Überlagerungen, Doppelmitgliedschaften und dadurch zu einer Verringerung unserer Vertretungskraft bei gleichzeitigem Einsatz von Haushaltsmitteln der beiden autonomen Provinzen und der autonomen Region. All dies wurde immer drastischer verspürt, als auf Grund der Kriterien von Maastricht und der immer strengeren Vorgaben über eine sparsame Haushaltsgebarung der Öffentlichen Hand auch wir in die Verantwortung genommen wurden. Ein gezielter Einsatz unserer Mittel für die Erfordernisse unserer Länder ist einfach ein Gebot der Stunde, wir können uns teure Zweigeleisigkeiten mit Effizienz und Finanzverlust weder in Trient noch in Bozen leisten. Zu große Aufgaben vor allem im Sozialbereich, bei der Absicherung unserer hohen Standards im Dienstleistungsbereich, vornehmlich im Gesundheitswesen kommen auf uns zu, als dass wir uns nicht jetzt und sofort an die notwendigen Entscheidungen machen und unverzüglich die erforderlichen Schritte einleiten. Besonders auch in personaltechnischer Hinsicht muss eingespart werden, ohne natürlich die Rechte der derzeitigen Bediensteten der Region zu verletzen. Die Bevölkerung hat für Doppelgleisigkeiten und schwache Auslastung vorhandener Personalressourcen kein Verständnis, wo doch in allen Bereichen verstärkter Wettbewerb gespürt wird und auch die Lage des Arbeitsmarktes eine Rücknahme oder wenigstens keine Erhöhung der Stellenpläne in der öffentlichen Verwaltung nahe legt. Mit der Übertragung von Diensten auf die beiden autonomen Provinzen wird kostspieliger organisatorischer Aufwand herabgesetzt, wie die reibungslos erfolgte Übertragung der Zuständigkeit im Katasterbereich eindeutig aufzeigt.

Mit der heutigen Wahl der Regionalregierung, der erstmals in der Geschichte unserer Autonomie abwechselnd die Landeshauptleute von Bozen und Trient vorstehen, wird in meinen Augen ein bedeutender Qualitätssprung im bereits erwähnten Prozess der intensiven Zusammenarbeit zwischen den

beiden Ländern eingeleitet. Wir öffnen ein neues Kapitel unserer Autonomiegeschichte; ich bin überzeugt, dass alle politischen und auch gesellschaftspolitischen Voraussetzungen gegeben sind, ein weiteres Kapitel partnerschaftlichen Miteinanders zu beginnen. Unser ganzes Bemühen soll in Richtung „Bozen mit Trient und Trient mit Bozen“ gehen, wenn es gilt unsere Autonomie in Rom zu verteidigen und ungeachtet politischer Mehrheiten zu festigen, besonders auch in den laufenden Verhandlungen über die weitere Verfassungsreform und den mühsamen Weg vom Zentralstaat zum Föderalismus. Unser Koalitionsabkommen ist Ausdruck einer neuen Konzeption der Region, sie soll lockere institutionelle Plattform sein für wirklich gemeinsame Schritte unserer beiden Länder.

Die neue Regionalregierung soll deshalb von den beiden Ländern gebildet werden, d.h. vom Land Südtirol und Trentino. Wir haben deshalb vorgesehen, dass wir zwei Teilstücke machen: in der ersten Hälfte soll der Landeshauptmann von Südtirol Präsident der Region sein und der Landeshauptmann von Trient Vizepräsident. Des Weiteren soll ein der deutschen Sprachgruppe angehöriger Vizepräsident aus Bozen sein und ein Assessor aus Trient, der der italienischen Volksgruppe angehört sowie ein ladinischer Vertreter aus Bozen. In der zweiten Hälfte dieser Amtsperiode soll der Landeshauptmann von Trient Präsident der Region sein, der Landeshauptmann von Südtirol Vizepräsident. Des Weiteren soll ein Vizepräsident der italienischen Sprachgruppe aus Bozen kommen, ein Assessor der deutschen Volksgruppe aus Bozen und ein ladinischer Vertreter aus Trient.

Regierungsarbeit

Das vereinbarte Regierungsprogramm, das zur Diskussion und Verabschiedung dem Regionalrat vorgelegt wird, ist meines Erachtens die richtige Antwort auf die Erfordernisse der derzeitigen politischen Lage und der anstehenden Entscheidungen, wie ich sie vorhin kurz dargelegt habe. Als erster Präsident der Region, der gleichzeitig auch als Landeshauptmann eine der beiden Autonomen Provinzen vertritt, werde ich mit Umsicht diese neue Regierungsarbeit beginnen und umsetzen. Wir sind gemeinsam entschlossen, die alte, überholte Region hinter uns zu lassen und einer neuen Region, so wie sie den Autonomievorgaben, den Erfordernissen im innerstaatlichen und europäischen Kontext entspricht, zum Durchbruch zu verhelfen. Ich kann nur nochmals betonen, dass sie ein effizienter Rahmen für eine kompakte dynamische Zusammenarbeit der beiden autonomen Länder sein soll, überall dort, wo gemeinsames Auftreten und die Bündelung der Kräfte im Interesse der Festigung unserer autonomen Befugnisse nach innen und nach außen und zur besseren Wahrnehmung der Anliegen unserer Bevölkerung angeraten sind.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit außerdem erklären, dass nicht nur die Regionalregierung Kompetenzen übernehmen und verwalten sollte, sondern dass gleichzeitig auch versucht wird, mit den anderen Koalitionsparteien, die nicht in der Regionalregierung vertreten sind, durch einen regelmäßigen Runden Tisch die einzelnen Probleme zu besprechen, um auf diese Art und

Weise vor allem die Entscheidungen auf weiterer Ebene zu verteilen und vor allem auch den anderen Gruppierungen die Möglichkeit zu geben, dass sie in der Programmgestaltung mitreden können.

Das Koalitionsprogramm sieht auch die Übertragung weiterer Verwaltungsbefugnisse auf die beiden Länder vor. Damit werden Effizienzverluste vermieden, Zielvorhaben besser definiert und Ressourcen eingespart. Bei all diesen Bemühungen werden wir uns von einer möglichst umsichtigen und straffen Haushaltsgebarung leiten lassen. Der in den letzten Jahren immer mehr entstandene Eindruck von Verlust von öffentlichen Mitteln, von nicht gezielt genug eingesetzten Geldern der Region, von Finanzierungen für wenig klare und transparente Projekte und Vorhaben muss aus der Welt geschafft werden.

Regierungsvorhaben

Die Regionalregierung wird zusammengefasst folgende strategische Vorhaben in Angriff nehmen:

- Die neue Gemeindeordnung wird ausgearbeitet und zur Genehmigung vorgelegt. Besonderes Augenmerk wird man dabei auf die unterschiedlichen geschichtlichen und kulturellen Voraussetzungen in den beiden autonomen Ländern richten. Hauptinhalte werden die Verabschiedung einer neuen Gemeindevahlordnung sein, die Neuordnung der Ordnung der Gemeindegremien und Aufwandsentschädigungen für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Mitglieder der Gemeindeausschüsse. Es soll auch eine Modernisierung der Tätigkeiten der Gemeinden angestrebt werden, verbunden mit einer noch besseren Definition der Rolle der Gemeindeverwaltung und ihrer Dienste. Es wird ein genauer Terminplan festgelegt, um diese schier endlose Geschichte bald einem Ende zuzuführen.
- Ein weiterer Schwerpunkt der Regierungsarbeit liegt in der Förderung der sozialen Absicherung und Verbesserung des Rentensystems, ein Gebot der Stunde, angesichts der demographischen Entwicklung und der knapper werdenden Mittel und immer steigender Kosten. Wir werden klare wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen treffen, um die Finanzierbarkeit unseres qualitativ hochgestellten Systems sicherzustellen. Insbesondere werden die Regionalgesetze im Bereich der Sozialversicherung überarbeitet und besser auf die Förderungsprogramme der beiden Autonomen Provinzen abgestimmt, damit ergänzende Pensionssysteme erdacht werden und die Risiken in Pflegefällen abgebaut werden können. Ich möchte aber auch unterstreichen, dass dieses Problem und diese Herausforderung nicht allein Sache der öffentlichen Hand bleiben dürfen, es bedarf einer besseren Auslastung bestehender Humanressourcen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips und gemeinsamer Anstrengungen von privaten Einrichtungen, Familien und auch Unternehmen.

- Übertragung von Befugnissen: für die Ausübung der übertragenen Befugnisse im Bereich der Handelskammern, des Genossenschaftswesens, des Grundbuches und Kreditwesens wird die Region den beiden autonomen Provinzen auf Grund eines Einvernehmens mit 3-Jahres-Dauer die erforderlichen Finanzmittel zuweisen, eigene Verhandlungen werden bezüglich der Verwaltungsgebäude geführt. Für den Zeitrahmen 2004 – 2006 wird die Region den Provinzen die Auslagen für Personal, für die Funktion des Grundbuches, für dessen Informatisierung und Neuordnung rückvergütet. Dabei werden die Einnahmen aus Steuern und Gebühren, welche die beiden Provinzen für die delegierten Funktionen einheben, abgezogen. Darüber hinaus werden beiden Provinzen auch Beträge zur Förderung des Genossenschaftswesens und von Projekten im Bildungsbereich zugewiesen.
- Personal: bei der Übernahme von Personal werden hinsichtlich der rechtlichen und wirtschaftlichen Einstufung einvernehmliche Lösungen mit den Gewerkschaften gesucht und daraufhin entsprechende Einvernehmungsprotokolle zwischen Region und den beiden Provinzen unterzeichnet.
- Friedensrichter: auf der Grundlage der derzeitigen autonomen Regelung werden Ergänzungen zu den Durchführungsbestimmungen angedacht, um eine noch bessere Arbeitsweise dieser wichtigen Einrichtung zu erzielen.

Nicht alle Themen und Probleme möchte ich in diesem Zusammenhang hier ansprechen, ich verweise einfach auf das Koalitionsabkommen. In dieser meiner kurzen Regierungserklärung möchte ich vielmehr auf bedeutende Inhalte künftiger Zusammenarbeit zwischen Bozen und Trient eingehen und nachstehend einige Kernbereiche aufzählen:

- Weiterführung unserer Bestrebungen, im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses die Regionen zu stärken und Europa näher zur Bürgerschaft zu bringen. Das beginnt mit der Fortführung unserer Kontakte und Erarbeitung gemeinsamer Konzepte mit den Ländern, welche Gesetzgebungsbefugnisse innehaben. Es ist wichtig, dass schon im Vorfeld der Ausarbeitung von EU-Bestimmungen die regionalen Erfahrungen in allen Gemeinschaftspolitiken eingebracht werden; nur dadurch kann dem in den Gemeinschaftsverträgen verankerten Subsidiaritätsprinzip zum Durchbruch verholfen werden. In allen Gremien wollen wir zusammen mit anderen europäischen Regionen unserem Leitbild eines Europas der kleinen Vaterländer klare inhaltliche Konturen verleihen und damit zur Einheit und zum Frieden beitragen.
- Gemeinsamer Einsatz und gemeinsame Strategien: sind auch im innerstaatlichen Ringen für die Beibehaltung unserer Sonderautonomie gegenüber den Regionen mit Normalstatut notwendig. Bei der Festlegung des Vertretungsanspruches in den Gremien, welche bei der Vorbereitung und Entscheidung von Gemeinschaftsbestimmungen mitarbeiten, ist die Verfassungsreform, insbesondere der Abschnitt 5 der Verfassung einzuhalten wonach die Regionen und Autonomen Provinzen

in ihren Gesetzgebungsbereichen direkt bei der Ausarbeitung der Gemeinschaftsbestimmungen mitwirken können und müssen. In den italienischen Regierungsdelegationen muss das Recht der Beteiligung wenigstens eines Vertreters der Regionen mit Sonderstatut und der beiden Autonomen Provinzen gewahrt bleiben. Trient und Bozen werden mit gemeinsamen Anstrengungen die anstehende Verfassungsreform mitverfolgen, Rückschritte hinsichtlich der Gesetzgebungsbefugnisse, neue politische Kontrollinstanzen für genehmigte Landesgesetze dürfen nicht eingeführt werden.

- Beide Autonomen Provinzen werden gemeinsame Konzepte für die Vorbereitung auf die nächste EU-Strukturfondsperiode entwickeln, soweit sie für die bessere Beteiligung an den zu erwartenden Programmen und Initiativen dienlich sind. Jetzt schon sind die Datenbanken für Regionalentwicklung und für die Festlegung von Stärken- und Schwächenanalysen zu erstellen, damit wir uns auch in die Strategien auf staatlicher Ebene voll einbinden können. Bei der Umsetzung der institutionellen Programmvereinbarungen und Verwirklichung der darin vorgesehenen Projekte werden vom Staat immer mehr die Kontrollinstrumente, Bewertungsvorgaben und Monitoringsysteme der Europäischen Union angewandt, leider sehr oft in noch komplizierteren Formen und aufwendigeren Verwaltungsverfahren. Wir sind auch überzeugt, dass eine gemeinsame Bewertung der öffentlichen Investitionen und vor allem der ko-finanzierten Projekte ermöglicht werden muss. Wir wehren uns aber gegen jeglichen Versuch, diese Notwendigkeit zu einer Aushöhlung unserer Autonomie zu missbrauchen. Es kann doch nicht angehen, dass unter dem Vorwand der notwendigen gegenseitigen Information ernsthaft an die Errichtung einer zentralen Datenbank gedacht wird, über welche alle öffentlichen Investitionen von allen Körperschaften eine einheitliche Erkennungsnummer (CUP - Codice Unico di Progetto) erhalten müssten, bevor die zuständige Stelle zur Umsetzung des Vorhabens schreitet. Wir müssten also vor jeder Ausgabe in Rom um diesen Kodex nachfragen. Mit solchen absurden Übertreibungen werden vernünftige Ansätze für gemeinsame Entwicklungsstrategien im Kerne erstickt. Angesichts solcher Entwicklungen und immer wieder neu auftretender Gefahren für unsere Autonomie sollen wir wirklich unsere Vertretung in Rom stärken.
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit: die Zusammenarbeit der Europaregion Südtirol – Tirol und Trentino hat beachtliche Erfolge erzielt, auf dieser Ebene funktioniert die pragmatische Ausrichtung auf Projekte von unmittelbarem Nutzen für Land und Leute bereits sehr gut. Es bleibt zu hoffen, dass das Italienische Parlament sehr bald das Zusatzprotokoll zur Madrider Konvention ratifiziert, damit die Arbeit der Europaregion auf der Ebene einer klareren institutionellen Vorgabe noch besser fortgeführt werden kann. Die Regionalregierung wird sich für eine baldige Ratifizierung dieses Protokolls einsetzen. Auch in diesem Sinne wird die Region in unserer neuen Konzeption differenzierter Ausdruck der beiden autonomen Länder und damit auch glaubwürdigere Ansprechpartnerin. Dies gilt für Rom, aber auch für Brüssel, wo nach der Erweiterung der

EU im Mai d.J. neue Strategien gefragt sind, um unseren Erwartungen und gerechtfertigten Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen und die Erfordernisse der Alpenregion rund um den Brenner glaubhaft darzulegen.

- Bei den laufenden EU-Programmen bietet sich besonders die Initiative Interreg IIIB – Alpenraum für die bessere Einbringung unserer wirtschaftlichen Interessen an, das Projekt der Claudia Augusta Straße würde viele Möglichkeiten für Zusatzprojekte vor allem im Kultur- und Tourismusbereich öffnen.
- Verbesserung der Infrastrukturen und Mobilität: Das Zusammenführen der Notwendigkeit, im europäischen Kommunikationssystem in allen Bereichen, auch bei Verkehrsinfrastrukturen eingebunden zu bleiben, aber trotzdem die Belastungen eines zu starken Transitverkehrs herabzusetzen, wird auch die Regionalregierung befassen. Im Rahmen dieser neuen Zusammenarbeit zwischen den beiden Autonomen Ländern wird man mit Weitblick die Entscheidungen bei der Verbesserung der Zug-Straßen- und Luftverbindungen treffen, wobei auch hier das Prinzip der Nachhaltigkeit mit klaren Definitionen festzulegen und umzusetzen ist. Wir werden weiterhin versuchen, die Europäische Union über die Notwendigkeit der Ausweisung des Alpengebietes als Zone mit Schutzbedarf zu überzeugen; dadurch würde die Voraussetzung für die Ausarbeitung und Finanzierung von besonderen Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes und der Verkehrsbeschränkung geschaffen. Ich kann auch hier nur wiederholen, dass eine wirklich umfassende Verbesserung der Situation wohl nur vom Bau des Brennerbasistunnels zu erwarten ist. Alle betroffenen Körperschaften sind aufgerufen, ihre rechtlichen, verwaltungstechnischen und auch finanziellen Ressourcen für eine rasche und möglichst unbelastende Verwirklichung dieses Vorhabens einzusetzen. Auch die Regionalregierung wird ihren Beitrag dazu leisten und mithelfen, dass alle interessierten Körperschaften in die Planungs- und Bauarbeiten eingebunden werden und dann auch bei der Führung der neuen Strukturen Mitsprache haben.
- Zusammen mit dem Bundesland Tirol haben wir eine Vereinbarung zum Schutz unseres alpinen Raumes unterzeichnet; dieses Dokument enthält sehr konkrete Vorschläge und Vorgaben, wir werden intensiver an deren Umsetzung arbeiten und sie auch in das weitere Umfeld der Umsetzung der Alpenkonvention einmünden lassen. Der Sitz des Sekretariates der Alpenkonvention in Innsbruck mit einem wissenschaftlichen Zentrum bei der Europäischen Akademie in Bozen sollte auch unsere Schwerpunktarbeit in den vorgesehenen Politikbereichen erleichtern.
- Wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit: Die Regionalregierung setzt sich für eine erfolgreiche Zusammenarbeit im kulturellen Bereich, in Ausbildung, Wissenschaft und Forschung ein, wobei gewachsene Traditionen in Südtirol und Trentino aufgewertet und vor allem auch die Zweisprachigkeit gefördert werden sollen. In beiden Ländern sind gute Strukturen vorhanden, um in einem breiteren kulturellen Ansatz auch andere Sprachen hereinzunehmen, mit einer

ausgesprochen pluralistischen Ausrichtung (ich denke beispielsweise an die Förderung der Kenntnisse in jenen Sprachen, die von einer Vielzahl von Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus Nicht-EU-Ländern gesprochen werden, oder die in den neuen Mitgliedsländern ein wichtiges Instrument für die Anbahnung von wirtschaftlichen Beziehungen darstellen).

Viele andere Felder gemeinsamen Interesses und erfolg versprechender Zusammenarbeit sind im Rahmen gemeinsamer Landtage aufgezeigt worden, sie haben auch konkreten Niederschlag in Beschlussanträgen gefunden. Wir sollen diese institutionelle Plattform wieder neu aufwerten und an Begonnenem weiterarbeiten. In dieser Politik von und für die Bürgerinnen und Bürger werden wir bestehende Institutionen besser aufeinander abstimmen, um gemeinsam berührende Probleme Kosten sparender einer Lösung zuzuführen. Nicht jeder von uns muss sich in allen Bereichen spezialisieren sondern wir wollen uns untereinander abstimmen, wer was macht und die Ergebnisse allen Interessierten öffnen. Beispielsweise liegt der Bevölkerung die Kaufkraft der Löhne und Pensionen sehr am Herzen. Warum sollen wir unsere statistischen Dienste nicht auch dafür einsetzen, die Preise in unseren Ländern unter die Lupe zu nehmen, deren Entwicklung zu beobachten und damit auf der Grundlage von eindeutigen Erkenntnissen Maßnahmen ergreifen, um ungerechtfertigten Preissteigerungen Einhalt zu gebieten?

Bei aller Eigenständigkeit, unter Berücksichtigung unserer verschiedenen Interessen und auch wirtschaftlich und sozialpolitischen Gegebenheiten gibt es also eine große Anzahl von Bereichen, wo wir nach Innen und nach Außen mehr aufeinander zugehen können und erfolgreicher, effizienter und Kosten sparender an einer positiven Entwicklung unserer Länder weiterarbeiten, ihre Wettbewerbsfähigkeit im erweiterten Europäischen Umfeld festigen und ihre hohe Lebensqualität in einer durchwegs noch intakten Umwelt nachhaltig absichern können. Wir wollen uns auch nicht abschotten, sondern in partnerschaftlicher Aufgeschlossenheit unsere freundschaftlichen Beziehungen zu unseren Nachbarregionen in der ARGE ALP und in anderen Gemeinschaften ausbauen. Ein Schwerpunkt wird dabei immer auch der Minderheitenschutz sein, ein Bereich, in dem wir besonders auch in der erweiterten EU viel „know how“ und Erfahrungen weitergeben können. Projekte mit Kostenbeteiligung seitens der EU sind in dieser Hinsicht ganz besonders interessant, weil sie gute Möglichkeiten für wissenschaftlichen Einsatz und Fortschritt in Feldern bieten, die auch in Südtirol und im Trentino gute Zukunftschancen haben. Ich denke an bereits angelaufene Vorhaben der Europäischen Akademie und des ITC, besonders auch im Medienbereich. Dies alles trägt zu mehr Pluralismus bei. In noch weiteren Zusammenhängen sollten die beiden Provinzen auch ihren Beitrag zum Frieden in der Welt und zum Kampf gegen die Armut leisten, beide sind im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig. Das gemeinsame Projekt in Bak Ninh (Vietnam) zur Errichtung einer Berufsschule für 600 Jugendliche im Rahmen des EU-Programms Asia Urbs hat gezeigt, dass wir zusammen mit Innsbruck alle Voraussetzungen haben, nicht nur finanziell etwas beizutragen, sondern auch organisatorisch und vom technischen Inhalt her uns einen guten Namen machen können.

So lasst uns nun an die Arbeit gehen!

Mit dieser heutigen Wahl und mit der breiten Zustimmung zum aufgezeigten Weg wird eine viel versprechende Reform Südtiroler und Trentiner Zusammenarbeit, institutioneller Abstimmung und effizienter Arbeit für unsere beiden autonomen Länder im Interesse unserer Bevölkerung in die Umsetzungsphase übergehen.

*Egregio Signor Presidente,
Signore e Signori Consiglieri,*

iniziamo questa XIII Legislatura nel segno del rinnovamento. Sono passati oltre trent'anni dall'entrata in vigore del nuovo Statuto di autonomia, nel 1972. La legge costituzionale n. 1 del 10 novembre 1971, con le norme di attuazione licenziate negli anni successivi rappresentano in primo luogo l'evoluzione della marcia politica intrapresa con il "Los von Trient" sin dagli anni Cinquanta su richiesta della stragrande maggioranza della popolazione altoatesina, che aveva inteso imboccare quella direzione perché le delusioni per gli effetti del primo Statuto di autonomia del 1948 si erano fatte semplicemente troppo forti: la Regione autonoma Trentino Alto Adige non si era dimostrata in grado di garantire i diritti delle minoranze in provincia di Bolzano, soprattutto nell'uso della lingua, e neppure un'autonomia veramente vissuta. Non erano stati garantiti la promozione attiva dell'identità del gruppo linguistico tedesco e di quello ladino, prevista dall'Accordo di Parigi e anche dalla Costituzione italiana, lo sviluppo sociale ed economico di detti gruppi linguistici e la loro integrazione nella vita pubblica.

Espressione di questo ampio disagio per la sussistenza di profonde situazioni di ingiustizia, specie nel servizio pubblico e in ambito sociale, furono anche le tensioni politiche che sfociarono negli anni Sessanta in manifestazioni di violenza, organizzate per attirare l'attenzione dei responsabili a livello nazionale e internazionale sulla pesante situazione in Alto Adige.

Il lungo impegno negli anni per una maggiore autonomia a favore della Provincia autonoma di Bolzano, per il trasferimento delle competenze di tipo legislativo e amministrativo che potevano trovare sul livello provinciale più che su quello regionale una attuazione maggiormente vicina alle esigenze del cittadino, ha portato lentamente ad equivoci e anche a difficoltà nei rapporti con la Provincia autonoma di Trento. I nostri sforzi sono stati spesso interpretati come un atteggiamento ostile verso il Trentino.

Ma nel corso degli ultimi decenni è emerso che entrambe le Province hanno guadagnato moltissimo – con il nuovo Statuto di autonomia e con l'ampliamento delle competenze – in termini di opportunità e di prospettive. Un confronto con la situazione economica di altre Regioni italiane ma anche dell'Unione europea evidenzia chiaramente che Bolzano e Trento rientrano tra le 40 Regioni più ricche dell'Unione e in Italia sono addirittura al primo posto davanti alla Lombardia. La pratica amministrativa ha dimostrato che con l'attribuzione delle competenze all'autonomia locale e con la relativa dotazione finanziaria è stato

possibile trovare a livello provinciale il terreno migliore per una amministrazione trasparente, vicina alle specifiche esigenze della popolazione e adeguata per favorire una promozione mirata degli interessi economici nonché una efficace gestione delle risorse.

È indubitabile che il trasferimento delle competenze autonomistiche dalla Regione alle due Province sia stato, sul piano formale e istituzionale, un “Los von Trient”; ma nella vita vera, nell’economia, nei rapporti con le altre Regioni, nell’aggiornamento dell’autonomia e nella sua riaffermazione a seguito degli sviluppi nazionali ed europei, quel momento è stato l’inizio di un dialogo tra partner con interessi comuni, di un impegno per unire le forze verso obiettivi mirati e verso la loro realizzazione.

Le particolari esigenze della nostra popolazione e dei vari settori socioeconomici — in primo luogo anche a causa dell’apertura delle frontiere, dei mutamenti del mercato interno e delle necessità ad esso collegate sul piano delle infrastrutture — nonché le questioni comuni legate all’ambiente, possono essere difese e rappresentate solo attraverso una convinta azione congiunta di Alto Adige e Trentino, anche nel quadro di organizzazioni internazionali e soprattutto assieme al Bundesland Tirolo. Questa ricerca del consenso, questa rappresentatività concordata non sarebbero mai state possibili nella passata cornice della Regione, in quanto ente che non consentiva una partecipazione veramente paritaria di entrambe le Province, anche perché a causa della sua struttura giuridica non era in grado di corrispondere al meglio alle diverse condizioni, esigenze e priorità presenti a Bolzano e a Trento.

Il secondo Statuto di autonomia ha lasciato alcune competenze residue alla Regione autonoma Trentino-Alto Adige, in primo luogo sicuramente per evitare una modifica costituzionale e dunque per giungere più facilmente a un compromesso sulla questione altoatesina. Forse questa via d’uscita non era affatto male per quei tempi, giacché il trasferimento delle competenze alle Province, l’attuazione concreta dei diritti riconosciuti alle minoranze in Alto Adige e il contemporaneo aggiornamento della nostra autonomia dinamica all’interno delle riforme statali e del processo di unificazione europea, avevano effettivamente richiesto molte energie sul piano politico ma anche strutturale.

Quanto più sono maturate le singole autonomie provinciali e ha preso piede la loro sostenibilità in tutti gli ambiti politici ed economici, tanto più si è palesata in maniera forte la necessità funzionale di assumere ulteriori competenze dalla Regione. La rappresentanza di un’area comune attraverso tre enti autonomi ha condotto in molti casi a difficoltà e problemi di comprensione nelle crescenti relazioni con altre regioni e enti, in particolare a livello europeo. Si sono create molte sovrapposizioni, doppie appartenenze in qualità di membri, e ciò ha prodotto una diminuzione della nostra forza di rappresentatività malgrado l’impiego contestuale di mezzi di bilancio delle due Province autonome e della Regione autonoma. Questa situazione è stata percepita in maniera sempre più drastica quando — alla luce dei parametri di Maastricht e delle sempre più severe direttive per una gestione oculata del bilancio da parte dell’ente pubblico — anche noi siamo stati chiamati ad esercitare queste responsabilità. Un impiego mirato dei mezzi a favore delle esigenze delle nostre Province è semplicemente l’imperativo del momento: non possiamo permetterci, né a

Trento né a Bolzano, di sviluppare le iniziative su un doppio binario che ci costa caro in termini di efficienza e di perdite finanziarie. Ci attendono impegni troppo gravosi – specie nel settore sociale e sanitario, dove vanno garantiti gli elevati standard dei nostri servizi – per non prendere al più presto le decisioni necessarie e avviare senza indugi i passi conseguenti.

Un'azione di contenimento delle spese è richiesta anche sul piano tecnico e del personale, senza naturalmente intaccare i diritti degli attuali dipendenti della Regione. La popolazione faticherebbe a capire la persistenza del doppio binario e di un carico di lavoro non adeguato alle risorse del personale disponibili, quando in tutti i settori si fa sentire più forte la concorrenza e la situazione del mercato del lavoro prefigura una riduzione o quantomeno nessun aumento dell'organico nella Pubblica amministrazione. Con il trasferimento delle competenze in capo alle due Province autonome si può rispondere con efficacia alle esigenze di cittadini e territorio riducendo nel contempo il dispendioso carico organizzativo, come ben testimonia il recente passaggio delle competenze in materia di catasto.

Con l'odierna elezione della Giunta regionale, che per la prima volta nella storia della nostra autonomia sarà retta a rotazione dai Presidenti delle Province di Bolzano e di Trento, si compie a mio parere un significativo salto di qualità nel già citato processo della collaborazione intensiva tra le due Province. Stiamo aprendo un nuovo capitolo della nostra storia autonomistica: sono convinto che sussistano tutte le condizioni politiche e sociali per inaugurare una nuova fase nel lavoro comune e nella partnership tra le due Province sull'asse del Brennero. Tutti i nostri sforzi dovranno andare in questa direzione, secondo un concetto di "Bolzano con Trento e Trento con Bolzano", quando si tratterà di tutelare e rafforzare la nostra autonomia a Roma, prescindendo dalle maggioranze politiche del momento, e nelle sedi internazionali. Questa politica comune è tanto più importante e urgente sul piano nazionale alla luce delle trattative in corso sulla riforma costituzionale e del difficile cammino dallo Stato centrale all'assetto federale. Il nostro accordo di coalizione è espressione di una nuova concezione della Regione, che dovrà essere una piattaforma istituzionale più snella per favorire i passi realmente congiunti delle nostre due Province.

1. L'impegno di governo

Il programma di governo concordato, che viene presentato alla discussione e all'approvazione del Consiglio regionale, è a mio giudizio la giusta risposta alle esigenze dell'attuale situazione politica e delle decisioni che essa presuppone, come ho avuto modo di illustrare poc'anzi. Nella mia veste di primo Presidente della Regione che - quale Presidente della Provincia - rappresenta contemporaneamente anche una delle due Province autonome, ho intenzione di avviare e concretizzare la nuova azione di governo con attenzione e rispetto. Siamo convinti che sia necessario iniziare a governare dal presupposto che la vecchia Regione va sostituita con una nuova forma di dialogo, il cui principio fondante sia la collaborazione tra le due Province autonome. Una Regione, dunque, che sappia corrispondere alle norme autonomistiche, al contesto dello Stato nazionale e al quadro europeo.

Posso soltanto ribadire che la Regione dovrà garantire una cornice efficiente per una cooperazione dinamica e convinta delle due Province autonome ogni qualvolta sarà richiesto unire le forze e rappresentare compatti gli interessi delle nostre specialità sia all'interno che verso l'esterno. Questa partnership tra Bolzano e Trento dovrà raccogliere e trasmettere la voce delle popolazioni alpine. Il programma di coalizione prevede anche il trasferimento di ulteriori competenze alle due Province, un processo che permette di fronteggiare le perdite di efficienza, di definire meglio gli obiettivi e di razionalizzare le risorse. Il governo delle residue competenze richiede anche un'oculatezza di bilancio e una migliore gestione della spesa pubblica, un capitolo che in Regione negli ultimi anni ha fatto discutere - per dimensioni e modalità di impiego - in rapporto all'effettivo disegno politico.

2. Progetti di governo

Il governo regionale è chiamato ad approfondire l'impegno su alcuni temi fondamentali e strategici per la crescita dei due territori. Di seguito offro una sintetica esposizione.

Ordinamento degli enti locali

Tra le scadenze operative figura non più rinviabile il rinnovo degli ordinamenti, in particolare quello relativo agli enti locali, nel rispetto delle diversità storiche e culturali delle due Province autonome. Si tratta di adeguare la disciplina relativa alle elezioni comunali, alla figura dei segretari comunali e alle indennità per sindaci e assessori. La cosiddetta "legge sui Comuni" prevede misure necessarie, tese a innovare e modernizzare l'attività dei Comuni ed a qualificare e rafforzare il ruolo dell'amministratore e della struttura tecnica. Nella salvaguardia dell'autonomia e delle legittime valutazioni di ciascuna forza politica, la nuova Giunta regionale dovrà prefigurare un percorso che, in tempi certi, conduca comunque all'approvazione del disegno di legge e metta la parola fine a una vicenda istituzionale che si trascina da troppo tempo.

Partecipazione al sistema del welfare

La Giunta regionale intende impegnarsi a potenziare e qualificare le iniziative volte a favorire la qualità della vita e, alla luce dello sviluppo demografico, la promozione delle tutele sociali e previdenziali. La società è caratterizzata oggi anzitutto da un invecchiamento della popolazione e dall'innalzamento dei livelli di reddito necessari a garantire una vita dignitosa. A concreti interventi di politica sociale, economica e del lavoro e alla loro finanziabilità il Governo regionale intende dedicare grande attenzione nella prossima legislatura. In particolare è richiesta la revisione delle leggi regionali in materia di assicurazioni sociali e il sostegno ai programmi delle due Province per creare fondi di garanzia contro i rischi della non autosufficienza e per studiare sistemi pensionistici integrativi. Ma a lavorare per la coesione sociale – lo voglio sottolineare – non è chiamato solo l'ente pubblico: solidarietà e sussidiarietà sono il prodotto anche delle azioni delle istituzioni private, delle famiglie e delle imprese.

Gestione delle funzioni delegate

Il coordinamento nella gestione delle funzioni delegate e nelle iniziative di riforma degli ordinamenti, necessario in modo particolare per la funzione del Libro fondiario, è assicurato dalle Province autonome e dalla Regione mediante specifiche intese. Per l'esercizio delle funzioni delegate in materia di:

- o Camere di Commercio, industria, artigianato e agricoltura;*
- o sviluppo della cooperazione e vigilanza sulle cooperative;*
- o enti di credito fondiario e di credito agrario, di Casse di risparmio e di Casse rurali, di aziende di credito a carattere regionale;*
- o impianto e tenuta dei Libri fondiari,*

la Regione provvede ad attribuire alle Province autonome di Trento e di Bolzano, per le spese di funzionamento, le somme occorrenti, definite d'intesa con le Province stesse con accordi triennali. Dovrà essere tenuta in considerazione l'esigenza di un adeguamento strutturale delle sedi anche al fine di perseguire una sostanziale equivalenza del valore degli immobili trasferiti alle due Province.

Per il triennio 2004-2006 la Regione rimborserà alle Province:

spesa per il personale, spese per il funzionamento degli uffici del Libro fondiario, spese per l'informatizzazione ed il riordino del Libro fondiario. Dai rimborsi viene detratto l'ammontare delle entrate per tributi e diritti relativi alle funzioni delegate che le Province introiteranno. A ciascuna Provincia sono riconosciuti anche contributi per gli interventi di promozione e sviluppo della cooperazione, dell'educazione e dello spirito cooperativo.

Riordino del personale

Il personale regionale a tempo indeterminato addetto agli uffici del Libro fondiario e del Catasto viene trasferito alle Province autonome di Trento e Bolzano, nel rispetto dello stato giuridico e del trattamento economico attualmente goduto. Le modalità dell'inquadramento giuridico ed economico del personale trasferito sono determinate, previa intesa con le Organizzazioni sindacali del personale regionale, in appositi protocolli fra la Regione e la relativa Provincia.

Normativa dei giudici di pace

La Giunta regionale intende sviluppare una riflessione critica sull'istituto del giudice di pace e attenta alle emergenti esigenze del quadro della giustizia. Su questa base si potrà ragionare sulla normativa di attuazione per perfezionarla e garantire in tal modo alla nostra autonomia un funzionamento ancor più efficiente di questo importante istituto della magistratura.

Se in queste mie dichiarazioni programmatiche alcune tematiche non hanno trovato lo spazio che indubbiamente meritano, rimando all'accordo di coalizione, di cui condivido i contenuti. In questo mio sintetico intervento intendo però soffermarmi ancora su alcuni elementi centrali della futura collaborazione tra le due Province autonome, che aiuteranno Bolzano e Trento a gestire le questioni di interesse comune.

Rafforzamento delle Regioni in Europa

Siamo chiamati a proseguire negli sforzi di rafforzamento delle Regioni nel quadro del processo di unificazione europea e nell'impegno di avvicinare ulteriormente l'Europa ai cittadini. Questa azione comune comincia con l'approfondimento dei contatti tra le due Province autonome e con l'elaborazione di progetti assieme alle Regioni che detengono competenze legislative. È importante che già nella fase preparatoria delle norme UE vengano rappresentate e fatte confluire le esperienze regionali nei diversi ambiti delle politiche comunitarie: solo lungo questa strada si contribuirà all'affermazione del principio di sussidiarietà ancorato negli accordi europei. Vogliamo lavorare con altre Regioni europee per offrire a tutti gli organismi competenti un profilo chiaro del nostro concetto di Europa delle piccole patrie e contribuire in tal modo al processo di unità e di pace.

Salvaguardia dell'autonomia speciale

Strategie comuni e impegno coordinato devono obbligatoriamente caratterizzare Bolzano e Trento anche nella dialettica politica interna e nella discussione per la salvaguardia della nostra autonomia speciale rispetto alle Regioni a statuto ordinario. Nella fissazione del diritto di rappresentanza all'interno dei vari organismi deputati all'elaborazione delle norme di legge, va richiamato il dettato della riforma costituzionale che prevede il coinvolgimento diretto di Regioni e Province Autonome nell'elaborazione delle norme riguardanti i settori in cui hanno competenza legislativa. Più in generale, va salvaguardata la rappresentatività delle Regioni a statuto speciale e delle due Province autonome nelle apposite sedi di contatto con il governo italiano. Trento e Bolzano seguiranno attentamente il processo di riforma costituzionale, verificando che non vengano fatti passi indietro sul piano delle competenze legislative e altresì che non siano attivate nuove istanze di controllo politico sulle leggi provinciali approvate.

Fondi strutturali UE

Le due Province autonome svilupperanno strategie comuni per prepararsi al prossimo periodo dei fondi strutturali UE, in direzione di una migliore partecipazione ai programmi e alle iniziative comunitarie in arrivo. È richiesto di elaborare per tempo, cominciando sin da ora, le banche dati essenziali per lo sviluppo regionale e per le analisi dei punti di forza e di debolezza in sede locale, così da permettere a Bolzano e Trento di inserirsi pienamente nelle strategie delineate a livello nazionale. Siamo consapevoli della necessità che debba essere agevolata una valutazione complessiva a livello nazionale – attraverso strumenti di controllo, indicatori e sistemi di monitoraggio dell'UE – degli investimenti pubblici e in particolare dei progetti cofinanziati, ma ci sapremo difendere contro ogni passo ditale iter che possa essere usato per intaccare la nostra autonomia: non è accettabile infatti che con il pretesto dello scambio necessario di informazioni si prefiguri l'istituzione di una banca dati centrale che assegni un CUP (codice unico di progetto) a tutti gli investimenti pubblici di ogni ente ancor prima che le sedi competenti abbiano avviato i passi per l'attuazione del progetto stesso, obbligando pertanto l'ente a richiedere a Roma tale codice unitario prima di decidere qualsiasi investimento. Si tratta di eccessi assurdi che rischiano soltanto di soffocare sul nascere le iniziative

pensate per favorire strategie comuni di sviluppo. In tal senso mi auguro che, di fronte a simili prospettive di freno alla nostra autonomia, Bolzano e Trento sappiano farsi sentire a Roma con voce forte e unanime intento.

Cooperazione transfrontaliera

La cooperazione tra Alto Adige, Trentino e Tirolo può già vantare ragguardevoli successi sul piano dell'azione pragmatica volta a favorire progetti di diretta utilità per il territorio e la popolazione. Sono ora maturi i tempi per una collaborazione più istituzionalizzata e in tal senso confidiamo nell'attesa ratifica da parte del Parlamento italiano del Protocollo aggiuntivo alla Convenzione di Madrid, che prefigura appunto una veste istituzionale a tale cooperazione. La Giunta regionale si attiverà per una sollecita conclusione ditale iter di ratifica.

Nella sua nuova concezione di espressione delle due Province con le loro peculiarità, la Regione potrà rappresentare un partner affidabile per interpretare l'anima profonda dell'Alto Adige e del Trentino, con la rispettiva storia, ma anche per favorire l'apertura alla conoscenza di una realtà fatta di dialogo e di collaborazione transregionale. Bolzano e Trento dovranno concentrare la loro attenzione non solo su Roma ma anche su quanto accade a Bruxelles, per attrezzarsi ad affrontare l'allargamento dell'UE e consolidare così le prerogative dell'area alpina attorno al Brennero. Tra i programmi europei in corso è in particolare l'iniziativa "Interreg IIIB – Spazio alpino" ad offrire la cornice più adatta a rappresentare i nostri interessi economici. Il progetto della "Via Claudia Augusta" potrebbe infatti aprire molte opportunità per azioni ulteriori soprattutto negli ambiti culturale e turistico.

Collegamenti e mobilità

In tema di collegamenti anche la Giunta regionale dovrà impegnarsi per contemperare a una duplice esigenza di Alto Adige e Trentino: non restare emarginati dalle linee di comunicazione europea e allo stesso tempo scongiurare il rischio di diventare solo un territorio di attraversamento. Nel quadro della nuova collaborazione tra le due Province autonome siamo perciò chiamati a governare al meglio il problema del traffico e del transito, a valutare con lungimiranza le diverse opzioni di mobilità che si aprono su strada, su rotaia e aeree, ispirandosi sempre al principio della corretta sostenibilità. In tale contesto sono da condividere gli sforzi per convincere l'UE a dichiarare la zona alpina quale "area sensibile", presupposto fondamentale all'attuazione di una serie di interventi di salvaguardia ambientale e di limitazione del traffico. Voglio ripetere anche in questa sede che a lungo termine ci aspettiamo risultati concreti dal tunnel di base del Brennero, l'unica via per un reale miglioramento complessivo della situazione: gli enti pubblici sono chiamati a mettere in campo le rispettive risorse giuridiche, tecniche, amministrative e finanziarie per realizzare – entro tempi rapidi, con il minor disagio possibile per la persona e l'ambiente – un progetto ritenuto fondamentale. La Giunta regionale contribuirà a ricercare un comune coinvolgimento degli enti locali interessati nella progettazione, realizzazione e gestione delle infrastrutture connesse con il Corridoio del Brennero.

Promozione dello spazio alpino

In un'ottica complessiva di qualità della vita la Giunta regionale si impegnerà a sostenere politiche congiunte volte a tutelare e promuovere i territori dell'area alpina e a favorire la concreta attuazione dei contenuti della Convenzione delle Alpi. La sede del Segretariato permanente a Innsbruck e il centro scientifico insediato presso l'Accademia europea a Bolzano potranno facilitare il nostro lavoro in ambito politico.

Collaborazione scientifica e culturale

La Giunta regionale intende favorire la cooperazione e la sinergia delle istituzioni culturali, formative, scientifiche e accademiche tra l'Alto Adige e il Trentino, valorizzando le radici storiche e culturali comuni e promuovendo la diffusione del bilinguismo in ambito regionale. Entrambe le Province possono vantare strutture atte a garantire un ampio pluralismo linguistico, che sappia tenere conto anche della realtà dei sempre più numerosi concittadini provenienti da Paesi non aderenti all'UE.

Molti altri ambiti di intervento, in cui confluiscono interessi comuni, sono stati sottolineati in occasione di riunioni congiunte dei Consigli provinciali e hanno trovato concreta applicazione in una serie di mozioni. Siamo invitati a riprendere e a valorizzare questa piattaforma istituzionale e a proseguire sulla strada del lavoro già avviato. In questa politica dei e per i cittadini dovremo migliorare il coordinamento tra le istituzioni esistenti per giungere a una soluzione efficace, in termini di contenuto ma anche di spesa, dei problemi comuni. A nessuno è richiesto di essere uno specialista in tutti i campi di attività: vogliamo piuttosto stabilire assieme i compiti che ciascuno dovrà assolvere per arrivare poi a presentare pubblicamente gli esiti dei nostri sforzi. Temi come il potere di acquisto degli stipendi e delle pensioni, ad esempio, sono tra quelli che oggi maggiormente toccano la popolazione: e allora perché non dovremmo impiegare i nostri servizi statistici per esaminare nel dettaglio i prezzi nelle nostre Province, seguirne l'evoluzione e – sulla base di risultati certi e chiari – varare misure per bloccare gli aumenti ingiustificati dei prezzi?

La realtà economica e sociopolitica ci dimostra dunque che oggi siamo in presenza di una serie di ambiti in cui le due Province possono lavorare assieme e contribuire allo sviluppo della comunità in maniera più efficiente, più economica e con maggiore successo dal punto di vista della sostenibilità, della qualità della vita e della competitività nel contesto europeo. In una visione che rifiuta i compartimenti stagni intendiamo anche aggiornare e ampliare le relazioni di amicizia con le Regioni vicine dell'ARGE ALP e con altri organismi su scala europea. Un punto qualificante di questa apertura sarà la tutela delle minoranze, alla cui discussione nell'UE allargata potremo contribuire in modo speciale con le nostre esperienze in materia e il nostro "know how". Penso ad esempio a progetti scientifici e di ricerca già avviati dall'Accademia europea e dall'ITC. In un contesto ancora più ampio – quello della cooperazione allo sviluppo – le due Province sono chiamate a fornire il loro apporto per la pacificazione nel mondo e per combattere la povertà. Ricordo, per citare un esempio concreto, il progetto congiunto a Bac Ninh nel Vietnam: ha permesso di costruire una scuola professionale per 600 giovani nel quadro del programma UE "Asia Urbs" e testimonia che Bolzano e Trento hanno tutte le qualità,

assieme a Innsbruck, non solo per contribuire finanziariamente ma anche per ritagliarsi un ruolo affidabile in termini organizzativi e tecnici.

E ora cominciamo il lavoro.

Con la votazione odierna e con il consenso raggiunto intorno a questo nuovo cammino istituzionale si inaugura la fase di attuazione di una riforma che promette molto per la collaborazione tra altoatesini e trentini. Con senso di responsabilità e con realismo siamo chiamati a lavorare in accordo per il bene della nostra popolazione e delle due Province autonome.

PRESIDENTE: Grazie Presidente designato. Come è stato deciso nell'assemblea dei capigruppo e come è prassi consolidata, dopo le elezioni programmatiche propongo la sospensione della seduta e la ripresa dei lavori domani alle ore 10.00.

La seduta è chiusa.

(ore 10.52)

INDICE	INHALTSANGABE
---------------	----------------------

ELEZIONE del Presidente della Regione pag. 1	WAHL des Präsidenten der Region Seite 1
INTERROGAZIONI E INTERPELLANZE pag. 20	ANFRAGEN UND INTERPELLATIONEN Seite 20

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER

LAMPRECHT Seppi (SVP – SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	pag.	2
DURNWALDER Alois (SVP – SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	2